

zwar beschlagnahmt und der Kriegsproduktengesellschaft abzuliefern; doch nütze eine Requisition nur wenig, weil dieser Artikel in durchwegs kleinen 10–20 Kilo^m Posten bei den Produzenten verteilt und daher schwer zu ergreifen sei.

Rollgerste könne in Ungarn wegen des festgestellten Defizits aus ungarischer Gerste nicht erzeugt werden; doch wäre es möglich, den Bedarf aus den rumänischen Importen zu decken, weil es sich mit Einrechnung des Malzkaffees um eine unerhebliche Menge, im ganzen 3000 Waggon handle.

Bezüglich Rollgerste wird demnach die Deckung des Heeresbedarfes in der Weise vorgesehen, dass die aus Rumänien bezogene Gerste zunächst auf Rollgerste für die Heeresverwaltung verarbeitet werden soll und erst nach Deckung dieses Bedarfes die weiter eingeführte Gerste anderweitig verwendet würde. Um den augenblicklichen Bedarf der Heeresverwaltung decken zu können, übernimmt die kgl. ung. Regierung die vorschussweise Erzeugung von Rollgerste aus ungarischer Gerste, welche seitens der Heeresverwaltung aus den rumänischen Importen in der Weise zurückzuerstatten sein werde, dass die entsprechende Menge von dem ungarischen Mehlkontingente abgerechnet wird.

Der V o r s i t z e n d e schliesst die Sitzung um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends.

Original-Reinschrift. — Die Einsichtnahme wurde auf dem Mantelbogen des Protokolls von sämtlichen Teilnehmern des Ministerrates bestätigt. Auf demselben Blatt links oben mit Bleistift geschrieben: »gelesen K(arl)« — in der rechten Ecke ebenfalls mit Bleistift geschrieben: »fertig«. Außerdem einige Ziffern und Buchstaben. — Auf dem letzten Blatt die Kenntnisnahme durch den Herrscher: »Laxenburg, am 14. April 1917.« Unter dem Text rechts die Unterschrift Czernins, links die von Joannovics. — Ebd. das maschinengeschriebene Konzept des Protokolls. Am Rubrum das Handzeichen Czernins, auf dem letzten Blatt die Unterschrift von Joannovics.

20.

Baden, 12. Januar 1917

Was soll mit Polen geschehen? Die maximalen und minimalen Friedensziele der Monarchie. Tiszas Standpunkt in der rumänischen und serbischen Frage. Der Kronrat sieht den Zweck des Krieges in der Aufrechterhaltung der Integrität der Monarchie.

Ende 1916 zeigte sich bei den Völkern der Entente, besonders aber bei denen der Mittelmächte in immer zahlreicheren Anzeichen die Kriegsmüdigkeit und die Friedenssehnsucht wurde immer stärker. In der großen Politik trat dies in Form von Friedensfühlern und Friedensversuchen in Erscheinung. Durch das Scheitern der Friedensangebote wurden die führenden Politiker der Monarchie gezwungen, die Grundsätze ihrer Außenpolitik zu überprüfen. So kam im gemeinsamen Ministerrat vom 12. Januar auch die polnische Frage wieder auf die Tagesordnung. Ein neuer Zug dieser Frage ist, daß die Hoffnung der Deutschen, bei Kriegsende im Westen einen zumindest geringen

m) Nachträgliche Eintragung Ghillánys: »10–20 Kilo«.

Gebietszuwachs zu erreichen, auf ein Minimum zusammengeschrumpft war. Deutschland hat nun, als stärkerer unter den Mittelmächten, seine Kompensationsansprüche im Osten notwendigerweise mit größerem Nachdruck geltend gemacht. Von den Teilnehmern am gemeinsamen Ministerrat hat wohl Tisza daraus am schroffsten die Konsequenzen gezogen: die austropolnische Lösung der polnischen Frage wurde zu Grabe getragen. (Über das polnische Problem siehe die Kommentare zu den Protokollen vom 6. Oktober 1915 und 7. Januar 1916.)

In der zweiten Hälfte der Beratungen versuchte der Ministerrat, die Friedensziele bzw. die Bedingungen festzusetzen, unter denen mit dem Feinde Frieden geschlossen werden könnte. Zehn Tage vor der berühmten Rede Wilsons wurde auf diesem Ministerrat der Begriff eines Friedens ohne Sieger und Besiegte vom Außenminister Czernin fast wortwörtlich so formuliert wie später vom Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Gedanke eines mit dem Zarenreich abzuschließenden eventuellen Bündnisses (Dreikaiserbündnis) wurde im Weltkrieg nur in dieser Ministerkonferenz aufgeworfen. Über die Friedensziele der Monarchie wurde noch im Ministerrat vom 22. März 1917, 27. September, 2. und 22. Oktober 1918 beraten.

Protokoll des zu Baden am 12. Jänner 1917 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Allerhöchsten Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

K.Z. 4. — G.M.K.P.Z. 530.

Gegenwärtige: der Minister des k.u.k. Hauses und des Äußern Graf Czernin, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der k.k. Ministerpräsident Graf Clam-Martinić, der k.u.k. Chef des Generalstabes FM. Freiherr von Conrad, der Stellvertreter des Vorstandes der Militärkanzlei Seiner Majestät des Kaisers und Königs, FML. Ritter von Martener.

Protokollführer: Legationssekretär Graf Colledo.

Gegenstand: Die polnische Frage. Unsere Kriegsziele in Verbindung mit der Friedensfrage.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät geruhen den Ministerrat mit der Bemerkung zu eröffnen, dass in der heutigen Beratung zwei Fragenkomplexe zur Diskussion gelangen sollen:

1. die polnische Frage,
2. die Friedensfrage in Verbindung mit den anzustrebenden Kriegszielen.

Was die erste dieser Frage anbelangt, nämlich die polnische, so geben Seine Majestät Allerhöchst ihrer Meinung dahin Ausdruck, dass die österreichisch-ungarische Monarchie das Militär-Generalgouvernement Lublin,¹ welches ein wertvolles Pfand für die Wiedergewinnung der derzeit noch vom Feinde besetzten Gebiete Ostgaliziens und der Bukowina darstelle, unbedingt in der Hand behalten müsse. Die Errichtung eines selbstständigen polnischen Staates während des

¹ Nach dem Durchbruch bei Gorlice-Tarnow und nach den Siegen vom Sommer 1915 wurde das Militär-Generalgouvernement Lublin im unter österreichischer Verwaltung stehenden, südlichen Teile Polens eingerichtet. Der nördliche Teil Polens gehörte zum deutschen Generalgouvernement Warschau.

Krieges sei ein Ding der Unmöglichkeit, da man im Rücken unserer Armee kein staatliches Gebilde schaffen dürfe, von welchen man heute keineswegs voraussagen könnte, wie es sich zu den Zentralmächten stellen werde. Nach Allerhöchster Ansicht sollten wir uns darauf beschränken, die Verwaltung in Kongress-Polen auszubauen, weiter aber nichts verfügen.

Was die Regentenfrage anbetreffe, geruhen Seine k.u.k. Apostolische Majestät zu bemerken, dass die Übertragung dieser Würde an ein Mitglied des Allerhöchsten Kaiserhauses in Anbetracht der noch so ungeklärten Verhältnisse als untunlich erscheint. Die Berufung einer der polnischen Aristokratie angehörenden Persönlichkeit hingegen liesse sich eher denken.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät geruhen hierauf dem Minister des Äussern das Wort zu erteilen.

Graf Czernin beginnt seine Ausführungen mit einer Schilderung des Standes der polnischen Frage zur Zeit seines Amtsantrittes. Der Minister kann nicht umhin zu erklären, dass er dieselbe in einem höchst unerfreulichen Stadium vorgefunden habe, betont aber gleichzeitig, dass er sich der von Seiner Majestät geäußerten Meinung vollauf anschliesse dahingehend, dass die österreichisch-ungarische Monarchie das Militär-Generalgouvernement Lublin unbedingt als Kompensationsobjekt behalten müsse, infolgedessen nicht der Verwirklichung des unabhängigen polnischen Staates während des Krieges das Wort reden könne. Deutschland strebte seiner Zeit die Verwirklichung der polnischen Selbständigkeit an, weil ihm vor allem die Errichtung einer polnischen Armee am Herzen lag. Da Deutschland von diesem Plane nunmehr abgegangen ist, entfalle naturgemäss auch die Notwendigkeit der Verwirklichung der polnischen Staatsidee, welcher ja die Armeebildung als Hauptmotiv zu Grunde lag. Die Monarchie stehe heute allerdings vor einem fait accompli, allein die haupttreibende Kraft, nämlich die Forderung der Errichtung einer polnischen Armee entfalle. Nach Ansicht des Ministers des Äussern müsse sich die Monarchie nunmehr freie Hand für alle Eventualitäten bewahren. Die günstigste Eventualität erblicke er selbstredend in einer Lösung der polnischen Frage ohne Zutun der Entente; es müsse aber auch die Eventualität einer Lösung der Fragen im Verhandlungswege mit der Entente respektive mit Russland in Betracht gezogen werden. Für diese Eventualität sei es vor allem notwendig, schon jetzt vorzubeugen, dass die deutsche Präponderanz allzu grosse Dimensionen annehme.

Gelegentlich seines jüngsten Besuches in Berlin hätte die deutsche Regierung folgende Postulate aufgestellt: Räumung des k.u.k. Okkupationsgebietes und Errichtung einer deutschen Verwaltung unter einem sächsischen Prinzen als Regenten. Angesichts der katastrophalen Folgen, welche ein derartiger Schritt auf das Verhältnis Galiziens zu Österreich ausgeübt hätte, habe Graf Czernin die deutschen Vorschläge als undiskutabel zurückgewiesen, worauf die deutsche Regierung dieselben fallen liess. In einer sodann von den beiderseitigen leitenden Staatsmännern unterfertigten Abmachung sei hierauf festgelegt worden, dass die polnische Frage bis zum Kriegsende offen bleibt. Gleichzeitig sei auch dem Wunsche Ausdruck verliehen worden, dass eine grössere Harmonie zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland in dieser Frage anzustreben sei.

Graf Czernin schliesst seine Ausführungen, indem er der Meinung Ausdruck gibt, dass rebus sic stantibus von der deutschen Regierung nicht mehr zu erreichen war, als die Erhaltung des status quo.

Hierauf ergreift mit Allerhöchster Genehmigung der kgl. ung. Ministerpräsident das Wort. Graf Tisza meint, dass man es eigentlich mit zwei getrennten Fragen zu tun habe, erstens mit der Frage, was jetzt mit Polen zu geschehen habe, und zweitens mit jener, wie sich die Dinge nach dem Kriege gestalten sollen.

Was die erste Frage betrifft, so pflichtet auch Graf Tisza der Ansicht bei, dass das k.u.k. Militär-Generalgouvernement als Pfand und Tauschobjekt in der Hand der Monarchie verbleiben und nicht an Deutschland, sondern erst nach dem Kriege an das zu errichtende polnische Staatswesen herausgegeben werden sollte.

Hinsichtlich der zweiten Frage erklärt Graf Tisza, dass die Zukunft Polens eine so weitgehende unmittelbare Wirkung auf die inneren Zustände des österreichischen Staates ausübe, dass^{a)} er sich infolgedessen tunlichst den österreichischen Wünschen anpassen wolle, selbst für den Fall, dass seine einschlägigen Ansichten von den österreichischen divergieren sollten. Ihm (Grafen Tisza) schweben zwei Lösungsmodalitäten vor:

1. die sogenannte austropolnische,
2. die deutsche Lösung, welche in der Errichtung eines Pufferstaates kulminiert, obwohl der Ausdruck auf die diesbezüglichen deutschen Aspirationen, welche dahin gehen, aus Polen einen deutschen Vasallenstaat zu machen, nicht gut anwendbar sei.

Graf Tisza gibt hierauf einen Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Politik in der polnischen Frage und begründet den deutschen Frontwechsel mit der erst nach und nach eingetretenen Erkenntnis, dass die zu Kriegsbeginn bestandenen Hoffnungen auf Gebietserweiterungen im Westen irrealisabel seien und dass daher im Osten ein Regress gesucht werden müsse. So kam Deutschland nach und nach zur Forderung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eingliederung des ressourcenreichen Polens in das deutsche Reich.

Graf Tisza wirft nun die Frage auf, wie sich die k.u.k. Monarchie zu dieser Sachlage zu stellen habe. Anfangs habe er den Standpunkt vertreten, dass das Terrain gegen wirtschaftliche und finanzielle Kompensationen Deutschland überlassen werden sollte; er sei aber mit seiner Meinung nicht durchgedrungen. Das hierauf inaugurierte System des Parallelismus oder Kondominiums sei auf die Dauer unhaltbar, hauptsächlich wegen der Sprunghaftigkeit der deutschen Politik, welche uns gerade in der polnischen Frage so manche unliebsame Überraschungen bereitet habe. In Anbetracht dieser Komplikationen hielte es Graf Tisza noch immer für die klügste Politik, wenn unsererseits die Opposition gegen die deutsche Lösung nach und nach aufgegeben und als Entgelt grösstmögliche wirtschaftliche Kompensationen herausgeschlagen werden könnten. Wir sollten trachten, uns im vorangedeuteten Sinne mit Ehren aus der Affaire zu ziehen. Also: kein Kondominium, das zu Reibungen mit Deutschland führen muss und die

a) In der Reinschrift des Protokolls wurde von Tisza nachträglich an Stelle von »vor allem eine österreichische Frage sei« der mit »eine so« beginnende und mit »aussübe, dass« endende Teil gesetzt.

Gefahr des Verdrängtwerdens, respektive eines schliesslichen Fiaskos, in sich schliesst, sondern wirtschaftliche Kompensationen.

In der Regentenfrage sollte nach Ansicht des Redners der Zukunft in keiner Weise präjudiziert werden; er würde es für besser halten, wenn man von der Einsetzung eines Regenten ganz absehen könnte; wäre dies nicht angängig, so sollte ein polnischer Aristokrat zur Regentschaft berufen werden, der aber für den Königsthron nicht in Betracht kommen dürfe.

Auf die Haltung der Galizianer übergehend, führt der kgl. ung. Ministerpräsident aus, dass er die Gefahr einer polnischen Irredenta in Galizien in dem Falle am leichtesten überwinden zu können glaube, wenn^b Kongresspolen unter deutsche Oberhoheit gelangt. Die deutsche Faust würde so schwer auf Kongresspolen lasten, dass sich kein Galizianer einen engeren Anschluss an dieses Land verlangen werde.

Seine Majestät geruhen hier einzuwerfen, dass die Monarchie bei der von Grafen Tisza geschilderten Sachlage leicht in Konflikt mit Deutschland geraten könnte, worauf Graf Tisza seine Ansicht dahin resumierte, dass das Militär-Generalgouvernement Lublin nicht an Deutschland herausgegeben werden dürfe, dass aber schon jetzt gewisse Massnahmen in Ansehung des nach dem Kriege zu schaffenden Zustandes getroffen werden sollten.

Hierauf ergrift mit Allerhöchster Genehmigung der k.k. Ministerpräsident das Wort, indem er zu den zwei vom kgl. ung. Ministerpräsidenten formulierten Punkten Stellung nimmt. Bezüglich des ersten Punktes teile Graf Clam die Ansicht seines ungarischen Kollegen, nämlich dass vorerst am status quo festgehalten werden müsse, was hingegen den zweiten Punkt anbetrifft, so könne er sich mit den Ausführungen des Grafen Tisza nicht einverstanden erklären. In seinen (Grafen Clams) Augen sei die Gefahr der Entwicklung irredentistischer Strömungen in Galizien eine sehr grosse, selbst wenn das Schalten und Walten der deutschen Faust die von Grafen Tisza skizzierten Resultate in Kongresspolen zeitigen sollten, denn das ideelle Moment der Vereinigung aller Konnationalen unter einem Dache sei ein nicht zu übersehender Faktor. Überdies sei es heute nicht ausgemacht, dass Deutschland in Polen eine Germanisierungspolitik treiben wird. Wird diese Richtung eingeschlagen, dann seien Reibungen, ja Konflikte mit unseren Bundesbrüdern höchst wahrscheinlich. Der Redner erblicke daher in der Rückkehr zur austropolnischen Formel die einzige Möglichkeit, um die verschiedenen, von ihm angedeuteten Klippen zu umschiffen. Er sei sich zwar vollauf bewusst, dass die Realisierung der von ihm angestrebten Lösung eine reine Machtfrage sei. Vom Standpunkte Österreichs sowie der Gesamtmonarchie sehe er aber in dieser Lösung den einzig gangbaren und vorteilhaften Weg.

In einer kurzen Erwiderung auf die Darlegungen des Grafen Clam bemerkt der kgl. ung. Ministerpräsident, auch er würde die austropolnische Lösung trotz mancher Schattenseiten für die glücklichste halten, allein er halte dieselbe für undurchführbar, da sie in seinen Augen endgiltig begraben sei.

b) In der maschinengeschriebenen Reinschrift des Protokolls wurde der Text »Angst vor dem Erwachen irredentistischer Velleitäten nicht teilen könne, vorausgesetzt, daß« von Tisza nachträglich durch den mit »Gefahr einer« beginnenden und »glaube, wenn« endenden Teil ersetzt.

Seine Majestät geruhen zu bemerken, dass in Entente-Kreisen in letzter Zeit gewisse Stimmen sich hörbar machen, die sich der austropolnischen Formel gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Hierauf geruhen Seine Majestät dem Minister des Äussern abermals das Wort zu erteilen. Graf Czernin dankt zunächst dem Grafen Tisza für sein Entgegenkommen gegenüber den österreichischen Wünschen bei Besprechung des polnischen Problems und hebt hervor, dass ebenso wie Serbien hauptsächlich in den speziellen Interessenkreis Ungarns gehöre, so auch die fernere Gestaltung Polens zunächst eine österreichische Angelegenheit sei.

Was die zukünftige Haltung Deutschlands gegenüber den Polen anbelangt, so neigt Graf Czernin der Ansicht zu, dass Deutschland dort ein strammes Regime einführen werde. Reussiert die deutsche Politik in Polen, dann würde die Attraktion des neuen Staates auf unsere Polen eine ausserordentlich starke werden, reussiert sie nicht, dann werden die Polen aus dem Königreiche ihre Zuflucht bei Russland suchen und finden und dann müssen auch wir mit einem elementaren Anschwellen der Russophilie in Galizien rechnen. Die für die Monarchie momentan einzig vernünftige Politik sei daher, dahin zu wirken, dass uns alle Eventualitäten offen bleiben; in Anbetracht dieser Richtlinie müsse infolgedessen von der Einsetzung eines Regenten Abstand genommen werden, und auch die Eidesformel für die polnische Armee eine strikt paritätische bleiben.

Seine Majestät geruhen sodann dem Chef des Generalstabes das Wort zu erteilen.

Feldmarschall Baron Conrad führt aus, dass man erst bei Kriegsende wird klar sehen können, was eigentlich zu erreichen sein wird, daher stimme er der Ansicht des Ministers des Äussern zu, welcher sich die Hände nicht binden wolle. Nach Ansicht Baron Conrads gebe es drei Lösungsmodalitäten: 1. die austropolnische, 2. die Teilung mit Deutschland und 3. den Verzicht auf unser Okkupationsgebiet zugunsten Deutschlands unter entsprechenden Garantien für den Fall eines abermaligen Krieges gegen Russland. Denn Russland werde noch für lange Zeit der Feind der Zentralmächte bleiben, daher müssten wir uns für alle Zukunft die Kooperation einer polnischen Armee sichern. Auch Baron Conrad bezeichnet die austropolnische Formel als die beste, würde für den Fall, dass diese Lösung nicht erreichbar wäre, als nächstbeste Lösung eine Teilung Kongresspolens nach Analogie der im Jahre 1795 bereits erfolgten Demarkation erblicken und schliesslich in der Abtretung der links der Weichsel gelegenen Gebiete an Deutschland immer noch eine akzeptablere Lösung sehen, als in der Rückgabe dieser Gebiete an Russland, denn dann würde Polen unfehlbar in die Arme Russlands getrieben werden. Welche von diesen möglichen Lösungen erreichbar sei, werde sich erst gelegentlich der Friedensverhandlungen herausstellen.

Mit Bezug auf die Äusserungen des Grafen Tisza bemerkt der Chef des Generalstabes, dass die polnische Frage nicht als rein österreichische Frage betrachtet werden könne. Die bestmögliche Lösung dieser Frage herbeizuführen, sei ein eminentes Interesse beider Staaten der k.u.k. Monarchie, denn auch Ungarn werde, wie der Verlauf des Krieges deutlich zeige, in Galizien verteidigt.

Auf diese letzte Bemerkung Baron Conrads reflektiert Graf T i s z a mit einer kurzen Entgegnung, indem er seine vom Chef des Generalstabes berührte Äusserung dahin erläutert, dass die polnische Frage, vom aussenpolitischen Standpunkte aus betrachtet, gewiss eine Angelegenheit der ganzen Monarchie sei, vom innerpolitischen Standpunkt jedoch ein Spezialproblem Österreichs bilde.

Hiemit ist die Debatte über die polnische Frage abgeschlossen.

S e i n e M a j e s t ä t geruhen hierauf die Frage der Kriegsziele zur Diskussion zu stellen. Allerhöchstderselbe gibt der Ansicht Ausdruck, dass es sich empfehlen wird, diesbezüglich ein Maximal- und ein Minimalprogramm aufzustellen. Das Maximalprogramm würde die Angliederung Kongresspolens, Montenegros und der Macwa beinhalten, ferner gewisse Rektifikationen der siebenbürgischen Grenze und schliesslich in Serbien die Ersetzung der Dynastie Kara-georgewich durch ein anderes Königshaus. Das Minimalprogramm hingegen würde sich auf die Forderung der vollen Integrität des Gebietes der Monarchie, auf die Erwerbung des Lovcen und auf den Wechsel der Dynastie in Serbien beschränken.

Zu diesem Thema äussert sich der M i n i s t e r d e s Ä u s s e r n, welchem Seine Majestät das Wort zu erteilen geruht, wie folgt:

Die Monarchie, welche einen Verteidigungskrieg führt, wird viel erreicht haben, wenn sie den Krieg unter Wahrung ihrer territorialen Integrität abschliesst. Ein Plus in dieser Richtung wäre gewiss eine sehr erfreuliche Zugabe, doch sei es unmöglich, diesbezüglich schon jetzt eine Prognose zu stellen. Eine gänzliche Bezwingung des Feindes gehöre in das Gebiet des Unwahrscheinlichen, daher müsse mit einem Kompromissfrieden gerechnet werden.

Beim Friedensschlusse kämen zunächst rein militärische Konsiderationen in Betracht. Zu diesen gehöre unbedingt die Erwerbung des Lovcen sowie gewisse Grenzrektifikationen in der Gegend des Eisernen Tores, sowie an der siebenbürgischen Grenze bei Brassó. In dieser Hinsicht ein positives Programm aufzustellen, erscheine derzeit unmöglich, doch müsste die Notwendigkeit des Vorranges der militärischen Petite schon jetzt hervorgehoben werden.

Eine vollständige Zertrümmerung der kleinen Balkanstaaten wird die Entente kaum zulassen, am ehesten würde sie noch eine starke Beschneidung Rumäniens hinnehmen, denn der Hass und die Verachtung gegen Rumänien sei eben so stark, wie die Gefühle, welche die Zentralmächte gegen dieses Land hegen. Überdies liege diesbezüglich das Präzedens aus dem Jahre 1877 vor.² Es müsse daher die Frage aufgeworfen werden, wie sich die Monarchie zu einer eventuellen Angliederung der Moldau an Russland zu stellen hätte. Vielleicht liege in einer derartigen Lösung die Möglichkeit, nach dem Kriege zu Russland ein besseres Verhältnis herbeizuführen, was umso mehr zu begrüssen wäre, als eine Aussöhnung mit Rumänien ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Auf die Frage einer Kriegskontribution übergehend, meint Graf Czernin, dass es ihm zwecks Herbeiführung eines baldigen Friedens ratsam erscheine, der

² Anspielung darauf, daß 1877, als Rumänien sich auf russischer Seite in den russisch-türkischen Krieg einschaltete, russische Truppen Rumänien besetzten. Im Frieden von San Stefano (1878) gewann Rußland den 1856 verlorenen Teil von Bessarabien.

Entente und namentlich England vorzutauschen, dass es weder Sieger noch Besiegte gebe. Eine solche Taktik würde aber naturgemäss den Erhalt einer Kriegskontribution ausschliessen, denn eine solche könnte nur einem offenkundig überwundenen Gegner auferlegt werden.

Schliesslich bemerkt Graf Czernin, dass es vor allem darauf ankomme, dass das Gebiet der Monarchie bei Eintritt in Friedensverhandlungen vom Feinde gesäubert sei. In dieser Hinsicht sei zu bedenken, dass wir uns momentan Italien gegenüber in einer unerfreulichen Lage befinden.

Der kgl. ung. M i n i s t e r p r ä s i d e n t, welcher hierauf mit Ermächtigung Seiner Majestät in die Debatte eingreift, bezeichnet die Sicherung unserer Interessen am Balkan als ein Hauptpostulat unserer Politik, er könne aber nicht umhin, hiebei die Frage aufzuwerfen, ob Russland soweit gebracht werden könnte, seiner traditionellen Politik zu entsagen und ob es in der Folge möglich sein werde, mit Russland im Frieden zu leben. Dies wäre erreichbar, wenn Russland zur Einsicht käme, dass die Verwirklichung seiner Balkanträume irrealisabel ist. Wir müssten daher eine solche territoriale Erweiterung Russlands auf dem westlichen Ufer des Schwarzen Meeres jedenfalls hintanhalten, welche eine Etappe auf dem Wege nach Konstantinopel bedeuten würde.^c

Die Möglichkeit einer mässigen^d Beteiligung Russlands mit rumänischen Territorien dürfe deswegen^e nicht aus dem Auge gelassen werden; durch eine derartige Massnahme würde nämlich Russland in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Rumänien geraten, was unseren Interessen gewiss zweckdienlich wäre. Auch wäre dies eine heilsame Lektion für alle anderen Balkanstaaten.

Das Leitmotiv unserer Politik am Balkan sollte eine grösstmögliche Schwächung Serbiens und eine grösstmögliche Stärkung Bulgariens sein.

Was die Expansion Bulgariens anbelangt, so müsste an dem Prinzipie festgehalten werden, dass eine gemeinsame russisch-bulgarische Grenze unseren Interessen zuwiderläuft und dass Russland^f an der unteren Donau nicht weiter^g vordringen dürfe.^h Die territoriale Kontinuität zwischen der Monarchie und Bulgarien müsse hingegen unbedingt gewahrt bleiben und müsse in der Zukunft dahin gewirkt werden, dass zwischen Ungarn und der Türkei eine das serbische Gebiet nicht berührende Bahnlinie ausgebaut werde.

Im übrigen müsste der Lovcen von Montenegro abgetrennt sowie dieser Staat zur Herausgabe Antivaris verhalten werden, um es von der Adria fernzuhalten.

Dieser Teil der Auslassungen des Grafen Tisza veranlasst Seine Majestät zu der Zwischenbemerkung, dass Montenegro ohne einen Zugang zum Meere nicht leben könne, worauf der kgl. ung. M i n i s t e r p r ä s i d e n t repliziert,

c) Der mit »Wir müssten« beginnende und mit »bedeuten würde« endende Teil ist eine nachträgliche Eintragung Tiszas in die maschinengeschriebene Reinschrift.

d) An Stelle von »der« wurde von Tisza »einer mässigen« gesetzt.

e) Von Tisza nachträglich eingetragen: »deswegen«.

f) Das Wort »Bulgarien« des maschinengeschriebenen Textes wurde von Tisza in »Russland« verbessert.

g) Das nach dem Wort »weiter« stehende Wort »westlich« wurde von Tisza gestrichen.

h) Nach dem Wort »dürfe« wurde der Teil »höchstens bis Galatz« von Tisza gestrichen.

dass Montenegro gewisse wirtschaftliche Vorteile zugestanden werden könnten in Gestalt eines internationalen Freihafens mit einer entsprechend garantierten Zufahrtslinie zu demselben.

Auch erklärt Graf Tisza seine Bereitwilligkeit, einem entsprechend geschwächten und reduzierten Serbien wirtschaftliche Erleichterungen zu gewähren, d. h. dasselbe in die Zollgemeinschaft aufzunehmen. In einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro erblickt Graf Tisza kein Schreckgespenst, vorausgesetzt, dass die territoriale Kontinuität zwischen der Monarchie und Bulgarien gewahrt bleibt, er wäre daher geneigt einer solchen Combination keinen Widerstand zu leisten, falls der Friede hiedurch erleichtert würde.ⁱ

Hinsichtlich Albaniens vertritt der kgl. ung. Ministerpräsident die Ansicht, dass eine möglichste Ausbreitung Griechenlands in Südalbanien entschieden zu befürworten wäre, um dieses Land in Gegensatz zu Italien zu bringen und zu erhalten. Ein Verbleiben Italiens in Valona könnte für die Monarchie nur üble Folgen zeitigen, daher wäre auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Säuberung dieses Platzes Griechenland oder Bulgarien übertragen würde. Auf Mittel- und Nordalbanien sollte die Monarchie die Hand behalten, um russischen, serbischen oder italienischen Velleitäten in diesen Gegenden einen Riegel vorzuschieben, ohne jedoch der Aussenwelt gegenüber das Protektorat allzusehr zu affichieren. Die Hauptsache bleibe, dass jedwede Einflussnahme eines mit uns jetzt im Kriegszustande befindlichen Landes dort ausgeschaltet bleibe.

Auf die Frage der Kriegskontributionen eingehend, äussert sich Graf Tisza dahin, dass diesbezüglich nur Rumänien in Betracht kommen könne, aus welchem Lande immerhin einige hundert Millionen herauszudrücken sind.

Seine Majestät geruhen sodann die Frage eines Bündnisses mit Russland aufzuwerfen, welches Allerhöchstderselbe als sehr anstrebenswert bezeichnet, insbesondere in Anbetracht der offenbaren Unmöglichkeit einer Annäherung an die Westmächte oder an das treubruchige Italien.

Der k.k. Ministerpräsident, welcher hierauf zum Worte kommt, erklärt sich mit den in der bisherigen Debatte formulierten Kriegszielen einverstanden, fühlt sich aber verpflichtet, der südslavischen Frage einige Worte zu widmen, indem er darauf hinweist, dass seiner Ansicht nach die Konzentrationsbestrebungen der Südslaven nicht aufzuhalten seien und dass es daher politisch klug wäre, diese Konzentrationsbestrebungen in die Wege zu leiten und innerhalb der Monarchie zu verwirklichen. Ein geschwächtes Serbien unter einer neuen Dynastie wäre gewiss als Fortschritt zu betrachten, allein wer bürgt dafür, dass Russland nicht abermals mit Geld und guten Worten dort den Hebel ansetzt und abermals von diesem kleinen Staate aus den Keim der Zersetzung in die Monarchie zu tragen bestrebt sein wird. Wäre es angesichts dieser Möglichkeiten nicht besser, jene Länder — sofern ein Friedensschluss unter solchen Modalitäten erreichbar wäre — innerhalb unserer Grenzen der Kontrolle der Monarchie zu unterwerfen? Sollte dies sich als undurchführbar erweisen, dann müssten Serbien und Monte-

ⁱ) Der mit »er wäre« beginnende und mit »erleichtert würde« endende Teil wurde von Tisza nachträglich in die maschinengeschriebene Reinschrift eingefügt.

negro im Interesse eines möglichen Zusammenlebens mit der Monarchie gewisse territoriale und wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten gesichert werden.

Die Realisierung der von Seiner Majestät aufgeworfenen Frage eines Dreikaiserbündnisses bilde den sehnlichsten Wunsch des Grafen Clam.

Der kgl. ung. Ministerpräsident, dem Seine Majestät sohin das Wort zu erteilen geruht, sieht in einer entgegenkommenden Haltung der Monarchie bei Lösung der Meerengenfrage den Weg, ein besseres Verhältnis mit Russland anzubahnen, was umso eher im Bereiche der Möglichkeit sei, als die Türkei über diesen Punkt mit sich reden liesse.

Was die vom k.k. Ministerpräsidenten aufgeworfene südslavische Frage anbelangt, so wolle Graf Tisza dieselbe nur rein akademisch besprechen, denn seiner Ansicht nach werden wir eben nicht in die Lage kommen, die Frage einer Annexion Serbiens oder Montenegros ernstlich diskutieren zu müssen. Wie dem auch sei, die Ansicht, dass die durch Russland unterstützten zentrifugalen Tendenzen des serbischen Volkes durch eine Eingliederung in die Monarchie begraben werden könnten, müsse er als Illusion bezeichnen. Ein serbischer Hafen an der Adria, welcher die Möglichkeit eines direkten Verkehrs mit Italien und Russland schaffen würde, wäre für uns eine grosse Gefahr, denn Serbien würde auf diese Weise von uns wirtschaftlich emanzipiert. Die Monarchie ihrerseits würde ihrer Hauptwaffe gegen den unruhigen kleinen Nachbarn verlustig gehen. Graf Tisza spricht sich trotz des Widerstandes, welchem die Realisierung eines derartigen Projektes in Ungarn begegnen würde, abermals für ein wirtschaftliches Entgegenkommen gegenüber Serbien aus, doch müsste stets daran festgehalten werden, dass der serbische Handel seinen Weg über die Monarchie nehme.

Graf Tisza erörtert sodann in grossen Zügen die Modalitäten, unter welchen ein derartiges Entgegenkommen effektiert werden könnte und bezeichnet diesbezüglich die Zollunion als das weitestgehende Zugeständnis.

Der Minister des Äussern, welcher sodann das Wort erhält, führt zum Thema der südslavischen Frage aus, er stimme dem kgl. ung. Ministerpräsidenten darin bei, dass wir voraussichtlich nicht die physische Möglichkeit haben werden, ganz Serbien einzuverleiben, dagegen teile er die Ansicht des k.k. Ministerpräsidenten, dass die Einigkeitsbestrebungen der Südslaven sich mit elementarer Gewalt durchsetzen werden, sei es mit uns oder gegen uns. Er sehe daher in einem schrittweisen wirtschaftlichen Entgegenkommen gegenüber Serbien den besten Weg, die Interessen der Monarchie zu wahren. Dieses Entgegenkommen könnte auf zweifache Art in die Wege geleitet werden, indem Serbien entweder der Zugang zur Adria gewährt wird oder aber indem die Monarchie dem Nachbarstaate direkte handelspolitische Vorteile zugesteht. Den letzteren Modus würde Graf Czernin vorziehen, denn im Gefolge einer handelspolitischen Annäherung würden sich auch die rein politischen Beziehungen bessern.

Seine Majestät geruhen hierauf dem Chef des Generalstabes das Wort zu erteilen. Baron Conrad führt zum Thema der militärischen Notwendigkeiten aus, dieselben könne man in zwei Kategorien einteilen: 1. die rein militärischen, sozusagen handwerksmässigen und 2. die militärisch-politischen. Zu der ersten Kategorie gehören gewisse Grenzverbesserungen, der Besitz von militärisch

wichtigen Höhen, Hafenplätzen und dergleichen, zu der zweiten^j beispielsweise der Besitz des Lovčen, weil mit dem Besitze dieses Berges wichtige militärische Machtmittel^k unbedingt in unsere Hand gelangen. Zur zweiten Kategorie aber gehören jene grossen Fragen, welche die Gesamtmachtmittel der Monarchie erhöhen und günstige Constellationen für künftige Kriege schaffen, beziehungsweise Verhältnisse ausschalten, an welchen die Monarchie bisher krankte, z. B. ein selbständiges Serbien und Montenegro an seinen südslawischen Gebieten und dgl.^l

Baron Conrad hält es für zwecklos, ein Maximal- und Minimalprogramm aufzustellen, weil wir heute nicht sagen können, was wir beim Friedensschlusse erreichen können, er schlage daher vor, dass sämtliche in das Kapitel Kriegsziele gehörenden Materien von den diversen hiebei in Betracht kommenden Faktoren gründlichst durchgesprochen werden, damit wir vollkommen gerüstet in die Friedensverhandlungen eintreten können, bei welchen sodann je nach der Situation die grösstmöglichen Vorteile herausgeschlagen werden müssten.

In die Details eingehend, bezeichnet Baron Conrad den Besitz des Lovčen sowie der beiden Donauufer beim eisernen Tor, sowie gewisse Grenzrekifikationen in Siebenbürgen und gegen Italien^m als die zunächst in Betracht kommenden militärischen Petite. Bezüglich Serbiens und Montenegros spricht sich der Chef des Generalstabes im Sinne der Ausführungen des k.k. Ministerpräsidenten für die Annektierung dieser Länder aus.

Albanien bezeichnet der Redner als ein Verlegenheitsobjekt, plädiert aber für die Annexion Nordalbaniens bis zum Mati, unter der selbstverständlichen Voraussetzung,ⁿ dass Montenegro das gleiche Schicksal zu Teil wird.^o Bezüglich Valonas führt Baron Conrad aus, dass es gegenwärtig nicht in unserer Macht liegt, die Italiener von dort zu vertreiben; sollte es indessen gelingen, direkt gegen Italien einen Schlag zu führen — eine Eventualität, welche er nach wie vor im Auge behalte, von der aber jetzt noch nicht gesagt werden könnte, ob sie durchführbar sei — und so die Herausgabe Valonas zu erzwingen, dann würde er diesen wichtigen Hafenplatz am liebsten im Besitze der Monarchie sehen; allenfalls könnte er Griechenland oder Bulgarien, keinesfalls aber Italien überlassen werden. Hinsichtlich Rumäniens tritt Baron Conrad für den Fall, dass Russland in den Besitz der Moldau gelangen sollte, für die Angliederung der Walachei an die Monarchie ein, jenes reichen Gebietes aus welchem wir nunmehr schon seit zwei Jahren unseren Mehrbedarf an Nahrungsmitteln decken, umso mehr, als jeder Gebietserwerb

j) Nachträgliche Einfügung Conrads: »zu der zweiten«.

k) Das im maschinengeschriebenen Text stehende Wort »Machtmittel« wurde von Conrad durch das Wort »Vortheile« ersetzt.

l) Nachträgliche Einfügung Conrads: von »Zur zweiten Kategorie« bis »an seinen südslawischen Gebieten und dgl.« Die Lesung »grossen« ist nicht sicher. Auf diese Eintragung wurde von Conrad auf dem Mantelbogen bei der Einsichtnahme neben seiner Unterschrift verwiesen.

m) Im Text wurde nach »in Siebenbürgen« von Conrad »und gegen Italien« eingeschoben.

n) Im maschinengeschriebenen Text wurde an Stelle von »vorausgesetzt« von Conrad nachträglich »unter der selbstverständlichen Voraussetzung« gesetzt.

o) In der maschinengeschriebenen Reinschrift wurde von Conrad nachträglich an Stelle von »werden sollte« das Wort »wird« gesetzt.

einen Machtzuschuss bedeutet. Sollte hingegen Rumänien wieder aufgerichtet werden, dann müsste es in möglichst enge Beziehungen zur Monarchie gebracht werden, in ein Verhältnis ähnlich dem Bayerns zum Deutschen Reiche.

Gegen eine Lösung der Meerengenfrage unter Anpassung an die russischen Wünsche hat der Chef des Generalstabes nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass die Russland zu gewährenden Vorteile diesem Lande allein und nicht auch den anderen Ententeländern zu gute kämen und Konstantinopel sowie die den Dardanellen vorgelagerten Inseln im Besitze der Türkei verblieben.

Bezüglich der Möglichkeit, eine dauernde Besserung unseres Verhältnisses zu Russland herbeizuführen, äussert sich Baron Conrad sehr skeptisch. Russland werde kaum auf die zwei Kardinalpunkte seines aussenpolitischen Programmes, d.i. den Besitz Konstantinopels und die Vereinigung aller Slaven unter seiner Oberhoheit, verzichten; der Weg nach Konstantinopel aber gehe nach Graf Ignatievs Ausspruch über Wien und Budapest.

Der Minister des Äussern kommt mit Allerhöchster Genehmigung auf die Frage der zukünftigen Gestaltung Rumäniens zurück und weist darauf hin, dass er in der Zuteilung der Moldau einen Schritt weiter in der Richtung zum Frieden erblicke, während eine Besitzergreifung der Walachei durch uns, für welche Baron Conrad eintritt, den Friedensschluss nur erschweren würde.

Bezüglich der Realisierbarkeit eines Dreikaiserbündnisses könne Graf Czernin die grosse Skepsis des Chefs des Generalstabes nicht teilen, denn Konstantinopel und die Meerengen stünden ebensowohl zwischen den Westmächten und Russland wie zwischen der Monarchie und Russland.

Der kgl. ung. Ministerpräsident, welcher sodann zum Worte gelangt, kommt abermals auf die südslawische Frage zurück und warnt nachdrücklichst, unrealisierbaren, ja schädlichen Träumen nachzujagen. Die Annexion Serbiens und Vereinigung aller südslawischen Gebiete wäre nicht nur für Ungarn, sondern für die ganze Monarchie das grösste Unglück und würde zweifellos die katastrophalsten Folgen zeitigen.

Seine Majestät geruhen sodann die Diskussion dahin zu resumieren, dass in der polnischen Frage der status quo aufrecht zu erhalten sei, dass unser Hauptkriegsziel die Erhaltung der Integrität der Monarchie bilde, dass ferner Serbien weitgehende Existenzmöglichkeiten gesichert werden müssen und dass schliesslich eine Annäherung an Russland angestrebt werden solle.

Der kgl. ung. Ministerpräsident kommt sodann auf die Erweiterung der Landstumpfpflicht zu sprechen und äussert gegen die von militärischer Seite geforderte baldige Einbringung des diesbezüglichen Gesetzes in Anbetracht des schlechten Eindrucks, welchen ein derartiger Vorgang im gegenwärtigen Momente im Auslande zeitigen würde, die schwersten Bedenken. Graf Tisza befürchtet, dass hiedurch unsere Friedensaktion kompromittiert werden könnte und beantragt, die Einbringung des Gesetzes bis zum Frühjahr hinauszuschieben, wohingegen er sich für eine glatte Erledigung des Gesetzes verpflichten würde.

Der Chef des Generalstabes sagt zu, dem vom kgl. ung. Ministerpräsidenten vorgebrachten Wunsch, soweit derselbe mit den militärischen Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden kann, Rechnung zu tragen.

Schliesslich hält sich der k.k. Ministerpräsident für verpflichtet, auf die seinen Nachrichten zufolge in allen Teilen Österreichs rapid zunehmende Kriegsmüdigkeit hinzuweisen.

Original-Reinschrift. — Die Einsichtnahme wurde auf dem Mantelbogen des Protokolls von sämtlichen Teilnehmern des Ministerrates bestätigt. Neben der Unterschrift Conrads mit Bleistift geschrieben: »Bleistift(liche) Correcturen beigefügt«. — Auf dem letzten Blatt die Kenntnisnahme durch den Herrscher: »Baden, 2. Februar 1917.« Links unten die Unterschrift Colloredos. Die Unterschrift des Ministers des Äußern fehlt. — Ebd. das handschriftliche Konzept des Protokollführers mit vielen, von ihm vorgenommenen Korrekturen. Ohne Unterschrift und Handzeichen. Auf dem Mantelbogen seitwärts rechts mit Bleistift, mit der Handschrift Czernins: »3 Reinschriften für S.M. pro actis und das pol. Tagebuch Cz.« — Ebd. auch eine einfache maschinengeschriebene Kopie (mit der Aufschrift »Abschrift«).

21.

Wien, 22. Januar 1917

Debatte über den uneingeschränkten Unterseebootkrieg. Der Kronrat nimmt für denselben Stellung.

Die Chancen für eine siegreiche Beendigung des Krieges durch die Mittelmächte werden selbst in den Augen der optimistischen führenden Politiker immer geringer. Da entschloß sich die Deutsche Oberste Heeresleitung, ihren letzten Trumpf auszuspielen. Am 9. Januar 1918 wurde im deutschen Hauptquartier der Beschluß gefaßt, zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg überzugehen. Obwohl Reichskanzler Bethmann-Hollweg gegen diesen verhängnisvollen Schritt war, weil er mit Recht den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika befürchtete, gab Kaiser Wilhelm dem Drängen der Deutschen Obersten Heeresleitung nach. Er stellte nur die eine, kaum mehr als formelle Bedingung, den Herrscher der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seine Regierung vorher davon zu unterrichten und ihre Zustimmung einzuholen. Aus den Memoiren Ottokar Czernins (*Im Weltkrieg*, S. 161 ff., besonders S. 167) wissen wir, daß der Befragung Karls und seiner Mitarbeiter keinerlei praktische Bedeutung zukam. Ihre Gegenargumente wurden auch nicht im gemeinsamen Kronrat, sondern in zwei vorangegangenen, am 20. Januar abgehaltenen vertraulichen Besprechungen in Anwesenheit der Vertreter des Deutschen Reiches, Admiral Holtzendorffs, und des Staatssekretärs für Auswärtiges, Zimmermann, vorgebracht. Der Kronrat vom 22. Januar 1917 nahm einstimmig für den uneingeschränkten Unterseebootkrieg Stellung. Die deutsche Reichsregierung teilte am 31. Januar den Vereinigten Staaten in einer Note mit, daß sie vom nächsten Tage, dem 1. Februar an ihre Unterseeboote uneingeschränkt einsetzen werde.

Protokoll des zu Wien am 22. Jänner 1917 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Allerhöchsten Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers und Königs.